

ausgedrückt, die Nutzerinnen und Nutzer mit ihren persönlichen Daten bezahlen. Dass Marktmacht auch über die Kontrolle ebendieser wettbewerbsrelevanten Daten erzielt werden kann, konnte mit der alten Marktauffassung nicht im gleichen Maß sanktioniert werden.«

Bleibt die Fusionskontrolle vor diesem Hintergrund ein relevantes Instrument der Wettbewerbspolitik?

»Ja, allerdings muss auch die Fusionskontrolle an die Eigenschaften der digitalen Ökonomie angepasst werden. Einige der teuren Zukäufe im Zuge von Fusionen der letzten Jahre gingen von Techunternehmen aus. Bekannte Beispiele sind, dass WhatsApp für 19 Milliarden von Facebook gekauft worden ist oder Skype für acht Milliarden von Microsoft. Die aus diesen Zukäufen resultierende Sorge ist zum einen, dass die großen Digtalkonzerne potenzielle Wettbewerber einkaufen, um damit ihre Marktposition abzusichern. Zum anderen besteht die Gefahr, dass sie Marktmacht aus einem Markt in einen anderen übertragen. Diese neuen Herausforderungen haben bei den europäischen Wettbewerbsbehörden eine Diskussion über die Modernisierung der Fusionskontrolle ausgelöst und führten bereits zu einer Reform im deutschen Wettbewerbsrecht. Bislang entschied allein der Umsatz der fusionierenden Unternehmen darüber, ob das Bundeskartellamt mit einer Fusionskontrolle aktiv wird. Mit der 9. GWB-Novelle wurde nun auch eine Transaktionswertschwelle eingeführt. Das heißt: Das Bundeskartellamt muss nun immer dann eingeschaltet werden, wenn der Kaufpreis eines Unternehmens 400 Millionen Euro übersteigt und bestimmte weitere Voraussetzungen erfüllt sind.

Zusammen mit Regulierungen aus anderen Politikbereichen – denken Sie beispielsweise an die Datenschutzgrundverordnung – entsteht so Schritt für Schritt die Wirtschaftsordnung für die digitale Ökonomie.«



Prof. Achim Wambach, Ph.D., ist Präsident des ZEW – Leibniz-Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung sowie Vorsitzender der Monopolkommission.

Die Fragen an Prof. Achim Wambach und an René Rösper stellte **Andreas Wille**, Referent für die Bereiche Arbeit, Bildung und Forschung in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

INTERVIEW

»Big Data«, gleich Kontrolle Gesellschaftlich Aspekte von Künstlicher Intelligenz

Fragen an René Rösper

Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) erfährt eine wachsende Aufmerksamkeit in der gesellschaftlichen Debatte. In welchen Alltagsbereichen wird KI zukünftig eine relevante Rolle spielen?

»Kaum ein Bereich des Alltags wird von KI unberührt bleiben, sei es in der Wirtschafts- und Arbeitswelt, im Pflege- und Gesundheitsbereich oder im Bildungswesen. Mit dem Einsatz von KI werden große Hoffnungen, aber auch viele Ängste verbunden. Die smarte, intelligente Nutzung von Daten kann »unsere Welt ein bisschen besser machen«. Aber viele Menschen fürchten auch, von KI »ersetzt« zu werden. Es ist die Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass der technologische Fortschritt zu einem sozialen Fortschritt transferiert. KI muss dem Menschen dienen, nicht umgekehrt. Es ist daher richtig und wichtig, dass der Deutsche Bundestag eine Enquete-Kommission eingesetzt hat, um sich gerade mit den gesellschaftlich und ethisch relevanten Aspekten von KI zu beschäftigen. Wir müssen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen, sie aber auch gleichzeitig vor Utopien bewahren.«

Viele Beschäftigte sorgen sich, dass KI ihre Arbeit grundlegend verändert oder gar überflüssig macht. Wie wird KI die Arbeitswelt verändern und wie können wir diesen Wandel gestalten?

Die Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale« hat sich im September 2018 konstituiert. Sie hat den Auftrag, die zukünftigen Auswirkungen der Künstlichen Intelligenz auf Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitsleben zu untersuchen und staatliche Handlungsempfehlungen zu formulieren. Dem Gremium unter Vorsitz von Daniela Kolbe (SPD) gehören Bundestagsabgeordnete aller Parteien sowie externe Sachverständige an.

und Profit ?

»Die historisch belegten fundamentalen Auswirkungen der industriellen Revolution auf die Arbeitswelt können uns bei der Gestaltung der Zukunftsvision KI die richtigen Antworten geben. Der »Mehrwert« von KI muss sozial sein. Klar ist, dass viele Berufe zukünftig wegfallen werden, dafür werden neue entstehen. Laut einer Studie aus den USA (World Economic Forum) stehen angeblich den 75 Mio. Jobs, die durch den Einsatz von KI in den nächsten Jahren wegfallen, 133 Mio. neue Jobs gegenüber. Es wäre naiv zu glauben, man könne diese Entwicklung aufhalten. Es wird daher darauf ankommen, diesen Prozess konstruktiv im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu begleiten. Erstens ist es wichtig, dass die Einbindung intelligenter Systeme transparent und nachvollziehbar geschieht. Zweitens müssen die Menschen in den Betrieben an der Umsetzung beteiligt werden. So werden Ängste genommen und Chancen sichtbar. Menschen müssen für den Umgang mit KI am Arbeitsplatz qualifiziert werden und gleichzeitig muss der Arbeitnehmerschutz fest verankert sein.«

Die EU, USA und China verfolgen unterschiedliche Strategien bei der Entwicklung von KI. Welche ethischen Standards sollte Künstliche Intelligenz auszeichnen, die in Europa entwickelt wird?

»Künstliche Intelligenz erlaubt es, die Vielzahl der heute gesammelten Daten auf völlig neue Weise auszuwerten. Amazon, Google und Co., aber auch China und die USA wenden erhebliche Ressourcen auf, um sich diese Analysemöglichkeiten zunutze zu machen. Immer mehr Entscheidungen basieren bereits auf Algorithmen und auf der Basis von Künstlicher Intelligenz. Sie entscheiden auch, welche Nachrichten und Inhalte wir sehen oder welche Produkte und Preise wir angezeigt bekommen, sie bestimmen über Kreditvergaben und Versicherungen oder überwachen den öffentlichen Raum. In der Fachwelt spricht man von »Big Data« und »social scoring«, viele nennen es aber auch einfach »digitale Diktatur«. Die Formel – KI gleich »Big Data«, gleich Kontrolle und Profit – darf auf unserem Kontinent nicht gelten. Algorithmusbasierte



Entscheidungen und KI brauchen demokratische Kontrolle, einen entsprechenden Rechtsrahmen, der Missbrauch und Diskriminierung verhindert. Nach massiven Sicherheitsskandalen in den Digitalkonzernen ruft mittlerweile sogar Mark Zuckerberg nach staatlicher Regulierung. Wir sollten ihn hier ernst nehmen.«



René Röspel, MdB, ist Obmann der SPD in der Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz – Gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche, soziale und ökologische Potenziale«.